

AL INFO

www.al-zh.ch

macht
platz
für
JuLiA
www.julia-zh.ch
junge
linke
alternative
JuLiA

Gekommen um zu bleiben.

Die JuLiA zieht Bilanz und gibt sich auch in Zukunft kämpferisch. Mehr dazu auf Seite 2



AL neu auch in der Sozialbehörde.

Richard Blättler wurde am 28. November vom Gemeinderat in die Sozialbehörde gewählt. Seite 4

Erfolg für AL-Initiative – schallende Ohrfeige für die SVP

AZB, 8026 Zürich

Niklaus Scherr | **70.1% Ja, Zustimmung in allen Stadtzürcher Wahlkreisen: mit grosser Genugtuung hat die AL von der Zustimmung der StadtzürcherInnen zur Übertragung der Einbürgerungskompetenz an den Stadtrat Kenntnis genommen.** Die AL hatte mit ihrer Volksinitiative «Mehr Fairness bei der Einbürgerung» den Anstoss zur Vorlage gegeben.

Die Aera der selbsternannten SchweizermacherInnen ist am 25. November 2007 zuende gegangen. Einbürgerungswillige können aufatmen: Künftig müssen sie nicht mehr davor zittern, dass ihr

Gesuch wegen Zufallsmehrheiten an einer Gemeinderatssitzung abgelehnt wird. Die grosse Mehrheit der Stimmenden hat mit diesem Ja anerkannt, dass Einbürgerungen – sind einmal die vom Gesetzgeber gesetzten Bedingungen erfüllt – kein politischer Gnadenakt, sondern ein Verwaltungsakt sind, der sich an rechtsstaatlichen Prinzipien – Rechtsgleichheit, Freiheit von Willkür – zu orientieren hat.

Auch SVP-Hochburgen sagen Ja. Das klare Ja ist eine schallende Ohrfeige für die SVP. Bei Einbürgerungsgeschäften im Zürcher Gemeinderat hatte sie in den letzten Jahren mit zunehmend willkürlicheren Ablehnungsgründen – wie Bezug einer IV-Rente oder fehlende C-Bewilligung – versucht, ihr fremdenfeindliches Süppchen zu kochen. Mit einer vom Bundesgericht 2003 ungültig erklärten städtischen Initiative forderte die SVP gar, alle Einbürgerungen vors Volk zu bringen. Jetzt hat das Pendel in die andere Richtung ausgeschlagen. Bei hoher Stimmbeteiligung und einer guten Mobilisierung wegen der Ständeratskandidatur Maurer haben auch die SVP-Hochburgen Schwamendingen (56%)

und Altstetten (62%) klar Ja gesagt zur Kompetenzübertragung an den Stadtrat.

Zickzackkurs der FDP. Im Juli hatte der Gemeinderat der AL-Volksinitiative mit 74 gegen 42 SVP-, SD-, FDP- und EVP-Stimmen zugestimmt. Nach einem eher knappen Entscheid in der Fraktion hatte die FDP im Rat noch einstimmig Nein gesagt und sich einmal mehr an die Rockschösse der SVP gehängt. Dank ein paar altliberalen Geistern korrigierte die FDP-Delegiertenversammlung diesen schwer verständlichen Entscheid und beschloss die Ja-Parole.

Vorentscheid für nationale SVP-Initiative. Zurzeit ist auf eidgenössischer Ebene die SVP-Volksinitiative «Für demokratische Einbürgerungen» hängig, die 2003 als Reaktion auf das bundesgerichtliche Verbot von Einbürgerungsentscheiden an der Urne lanciert worden ist. Die Tatsache, dass mittlerweile fast die Hälfte der Zürcher Gemeinden die Einbürgerungen an die Exekutive delegiert haben, ist ein gutes Omen für die anstehende eidgenössische Abstimmung.

Auch Alternativen haben ihren Preis!

Das Jahr 2007 war für die AL ein mehr als turbulentes Jahr: Einbürgerungsabstimmung, der hartnäckige Kampf gegen die Pauschalbesteuerung, die aktive Teilnahme an den Kantons-, National- und Ständeratswahlen bilden dabei nur einige der kleinen und grossen Highlights. Weil aber auch Alternativen etwas kosten und wir unsere Ziele auch im 2008 genauso aufmüpfig und konsequent weiterverfolgen möchten, bitten wir Dich / Sie um kleine und grosse Spenden. Besten Dank für die Unterstützung! PC 87-609836-4.



Wie weiter mit der Julia? **Anna Klieber** zieht Bilanz.

JuLiA: Gekommen um zu bleiben

Anna Klieber | **Eine Idee wird zum Projekt. Im Juni entschlossen wir uns für die JuLiA – mit dem Wissen, dass es nicht einfach sein wird.** Mit einer eigenen Liste an die Nationalratswahlen lautete die Devise. Rasch bildete sich eine aktive Kerngruppe von JuLiAs, die den Wahlkampf mit viel Einsatz und Engagement getragen hat.

Erfolgreiche Vernetzung. Es mussten Kandidatinnen und Kandidaten her. Gar nicht so einfach, doch mit viel Hartnäckigkeit und Überzeugungskraft brachten wir unsere Liste zusammen. Die Vernetzung junger ALlerInnen war gelungen – der Wahlkampf konnte eingeläutet werden. Dabei war erstmals eine Runde Kreativität gefragt – ein Logo, Sujets für Kleber, Plakate und Flyer wurden entworfen.

In der Öffentlichkeit. Mit der Website erlangten wir mediale Sichtbarkeit. Wir legten unsere Wahlkampfthemen fest, schärfen unser Profil und zeigten erst-

mals Ecken und Kanten. Mit den Slogans «Macht Platz für JuLiA!», «Öffentlicher Raum für alle!», «Soziale Asylpolitik!», «Gegen Repression!», «Für Freiräume!» und «Bildung für alle!» versuchten wir, dem rechten Mainstream Paroli zu bieten. Und ab ging's auf die Strasse. Flyer, Plakate und Kleber wurden an allen Ecken und Enden verteilt – das Resultat ist zum Teil noch heute sichtbar.

Der Kampf geht weiter. Trotz kleiner Ressourcen gelang uns mit dem erzielten Wahlergebnis ein Achtungserfolg. Es wurde eine Grundlage geschaffen, auf der JuLiA in Zukunft bauen kann. So beteiligten wir uns aktiv am Abstimmungskampf gegen Steuerprivilegien für Grossaktionäre und konzentrieren uns gegenwärtig auf die Bekämpfung des neuen Polizeigesetz. Der Kampf um den öffentlichen Raum, um mehr Freiräume und alternative Lebensformen sind Anliegen, für die sich die JuLiA stark macht. Unermüdlich bleibt auch unser Einsatz für eine

menschenwürdige Asylpolitik, die diesen Namen verdient.

JuLiA gibt nicht auf. Wenn Du sie unterstützen willst, solltest du ihr ein e-mail schreiben. Ein Kontaktformular und weitere Informationen über uns und unsere Aktivitäten findest Du auf unserer Website: www.julia-zh.ch

Kongresshaus: AL rüstet sich

Im September 2008 sollen die StadtzürcherInnen die ersten 58 Millionen Franken für das vom alten Wirtschaftsfilz gewünschte Kongresshaus freigeben. Die AL hat sich an der letzten VV ein erstes Mal von ihrem Vertreter in der vorberatenden Kommission (Walter Angst) über das Geschäft orientieren lassen. Vor der auf März 2008 terminierten Generaldebatte im Gemeinderat werden wir Ende Januar an einer öffentlichen Veranstaltung darzulegen versuchen, wofür der alte Landi-Bau am General-Guisan-Quai geschliffen werden soll. Wer jetzt schon Infos über den aktuellen Stand der Geschäfte will, soll sich bitte mit dem Sekretariat in Verbindung setzen.

Budget 08: Ins Soziale investieren

Walter Angst | **Das Stadtzürcher Budget braucht ein Investitionsprogramm für Schule, Soziales und ökologischen Umbau.** Der Stadtrat schlägt stattdessen ein 115 Millionen schwere Steuer-senkung vor. Diese würde bei den «normalen» ZürcherInnen und den Gewerblern mit 50, 100 oder 200 Franken zu Buche schlagen. Millionäre und börsenkotierte Un-

ternehmen dürften sich über fünf-stellige Boni freuen. Dem Umverteilungsvorschlag des Stadtrates setzt die AL in der Budgetdebatte die Forderung nach einem Investitionsprogramm für die Schule entgegen. Im bevorstehenden Umbau der Volksschule (Einführung der Grundstufe, Aufhebung der Kleinklassen, integrierte Förderung) wird das heutige Ni-

veau an Chancengleichheit nur gehalten werden können, wenn der Volksschule mehr Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Zusätzlich vier Millionen Franken will die AL in den Förderunterricht, ein gutes Hortangebot, die Schulsozialarbeit und die Musikschule investieren. Wir sind guter Dinge, dass es Mehrheiten für einige unserer Forderungen gibt.



Hinter Rats-Kulissen: **Markus Bischoff** und **Anja Recher** berichten

Vielseitig wachsam

Anja Recher | **Beharrlichkeit zeigt Wirkung. Der Abwassergebührenbonus ist nun im Trockenen.** Im letzten Info berichtete Niggi Scherr über den von ihm angeregten befristeten 20%-Bonus bei den Abwassergebühren. Mittlerweile hat der Gemeinderat der Weisung zugestimmt. Ebenfalls angenommen wurde das jüngste Euro08-Postulat von Anja Recher: Die verkehrstechnischen Auswirkungen der Public Viewing Zonen und die Wirksamkeit der zur Chaosprävention ergriffenen Massnahmen sollen von Fachleuten evaluiert werden.

Klare Spielregeln auch für den zweiten Arbeitsmarkt.

Dem Parlament wurde vom Stadtrat eine Änderung des Personalrechts vorgelegt, mit welchem die Anstellung von Teilnehmenden am Arbeitsmarkt-Integrationsprogramm geregelt werden soll. Dazu fordert die AL-Fraktion Leitplanken, die durch ein ergänzendes Reglement klar festgeschrieben werden. Bezüglich Dauer der Einsätze, Zahl der Beschäftigten, Vermittlungen vom zweiten in den ersten Arbeitsmarkt und die Möglichkeiten der beruflichen Qualifikation postulieren wir klar definierte Mindeststandards.

Transparenz bei den Grundstücksgeschäften mit der SBB. In den letzten Jahren sind die

Grundstück-Geschäfte zwischen Stadt und SBB entlang der Geleise vom Hauptbahnhof bis Altstetten kontinuierlich angestiegen. Mit dem Rückgang der Bedürfnisse der SBB werden voraussichtlich noch einige ins Haus stehen. Deshalb verlangen wir vom Stadtrat einen vollständigen Bericht über die in den letzten 10 Jahren getätigten und für die Zukunft geplanten Geschäfte mit der SBB.

Übersicht über die öffentlichen Bauten. Des Weiteren soll der Stadtrat einen kommunalen Richtplan über öffentliche Bauten und Anlagen erstellen. Der Gemeinderat soll ein Instrument erhalten, mit dem er die Raumbedürfnisse aller Verwaltungseinheiten überblicken und in die Stadtentwicklung einbeziehen kann.

Ein halbes Jahr im Kantonsrat

Markus Bischoff | **Seit Mai dieses Jahres sitzen Kaspar Bütikofer und Markus Bischoff für die AL im Kantonsrat.** Zwei von 180 gehen leicht unter. Die Masse ist erdrückend und die Mehrheitsverhältnisse sind es in der Regel leider auch. Deshalb versuchen wir uns auf einige Themen zu konzentrieren – vergessen aber das plakative Wort in der Debatte nicht.

Pauschalbesteuerung. Gleich zu Beginn haben wir verschiedene Vorstösse zum Thema Pauschalbesteuerung, Veckselberg und Steuergeheimnis eingereicht. Es gelang uns, für ein Postulat Dringlichkeit zu erreichen und so eine Debatte anzureissen. Das Thema Pauschalbesteuerung wurde von

den Medien dankbar aufgenommen und in verschiedensten Formen wiedergegeben. Dies verschaffte unserem Anliegen noch grössere Publizität.

Soziale Brennpunkte. Mit dem vertragslosen Zustand im Baugewerbe griff Kaspar Bütikofer ein aktuelles Problem auf und versuchte den Kanton zu verschärften Kontrollen zu bewegen. Nebst der sozialen Gerechtigkeit setzten wir insbesondere für die gesellschaftliche Liberalisierung ein. So lehnten wir das Kirchengesetz ab und machten uns für die Trennung von Kirche und Staat stark. Unsere Vorstösse zur Integration von AusländerInnen in die Kantonspolizei und für ein vereinfachtes Bewilli-

gungsverfahren für Aufenthaltsbewilligungen für Ausländer sind immer noch hängig.

Handzahme SP. Im Rat fällt auf, dass die SP-Fraktion ziemlich orientierungslos vor sich hindümpelt und keine Impulse vermitteln kann. Demgegenüber strotzt die SVP-Fraktion vor Frechheit und tritt gegen aussen geschlossen auf. Ihr Fraktionschef ist ein Wadenbeisser, der keinen persönlichen Angriff scheut, um seine kompromisslose knallharte Linie publik zu machen. Vielleicht lernt die Linke auch einmal, dass komplizierte Themen einfach und prägnant zu präsentieren sind. Nur so kann man Leute von der eigenen Position überzeugen.





Richard Blättler vertritt die AL ab Anfang Dezember in der Sozialbehörde

Richi Blättler nimmt für die AL Platz in der Sozialbehörde

Angela Mattli | **Die Sozialbehörde entscheidet über soziale und wirtschaftliche Hilfe und koordiniert diese. Gleichzeitig hat sie die Möglichkeit, Anträge zuhanden der Departementsvorsteherin zu formulieren. Da ein bisheriger SVP-Vertreter aus der Stadt Zürich weggezogen ist, erhält die AL – dem Parteienproporz sei dank – Anspruch auf einen Sitz. Mit Richard Blättler hat die AL einen versierten, wachen und kompetenten Vertreter gefunden.** Richard Blättler, 43, ist Vater von zwei Töchtern (12 und 17 Jahre) und lebt in Zürich Wiedikon. Nach seinem Soziologiestudium war er während sechs Jahren in der Forschung tätig und arbeitete anschliessend bei der Stadt Zürich für die Ambulante Drogenhilfe und die Suchtpräventionsstelle. Seit zwei Jahren ist Richard Blättler Beauftragter für Suchtfragen des Kanton Luzern. In seiner Freizeit spielt er Fussball und läuft Marathon.

Was reizt Dich daran, für die AL in der Sozialbehörde Einsitz zu nehmen? Ich freue mich, wenn ich mich für ein soziales Zürich einsetzen kann. Zudem glaube ich, dass ich als Soziologe mit einigen Jahren Erfahrung in Forschung und Praxis auch vieles gelernt habe, das ich weitergeben kann.

Was sind Deine politischen Schwerpunkte in der Sozialbehörde? Wichtig ist mir, dass das Soziale nicht auf Geldfragen reduziert wird. Gerechtigkeit hat nicht

nur damit zu tun, dass alle gleich viel Geld erhalten. Anerkennung kann auch mit dem Einsatz in der Familie oder für das weitere Umfeld verdient werden. Die Grundbedürfnisse wie Nahrung, Schutz, ein Dach überm Kopf, Menschenwürde, Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben und Respekt sollen garantiert sein. Wer mit neo-liberalen Ansätzen auf die Schwächsten der Gesellschaft losgeht, vergisst, dass die soziale Welt komplexer und reicher ist als die «reine» Ökonomie.

Was versuchst Du als erstes anzugehen? Sicher muss ich zuerst die Arbeit genauer kennen lernen. Dann muss der Anreiz zur Selbsthilfe verbessert werden. Es sollte nicht sein, dass wer den Schritt aus der Abhängigkeit von der wirtschaftlichen Sozialhilfe macht, weniger Geld zur Verfügung hat als vorher. Einkommensfreibeträge oder Erleichterungen bei den Steuern stelle ich mir dafür vor. Sehr skeptisch bin ich gegenüber den Workfare-Ideen und den sogenannten Sozialfirmen.

Die Sozialbehörde ist eine Institution, die sowohl Gelder verteilt, aber auch penalisiert. Wie gehst Du damit um? Mein Menschenbild ist grundsätzlich positiv. Ich gehe davon aus, dass alle gerne einen eigenen Beitrag an die Gemeinschaft leisten wollen. Allerdings fühlen sich nicht alle der gleichen Gemeinschaft verpflichtet. Die Stadt Zürich muss und soll das Existenzminimum für alle gewährleisten und auch ein gewisses

Vertrauen vorschiessen. Wer dem Vertrauen nicht gerecht werden kann, muss auch eine angemessene Sanktion erfahren. Das kann ich sehr gut vertreten. Meiner Meinung nach müssen Strafen einen Sinn vermitteln, dann können sie sogar im Interesse der Bestraften sein. Am besten ist es, eine Wiedergutmachung zu verlangen. Beeindruckt hat mich das Ergebnis der Spieltheorie, wonach die beste Strategie für Kooperation darin besteht, jeweils Kooperation anzubieten. Wird diese nicht angenommen, zeigt man sich einmal auch nicht kooperativ und vergisst dann das Ganze wieder.

AL AGENDA

Montag, 7. Januar, 4. Februar und 3. März, 19 Uhr, AL-Stamm im Café Bubbles, Strassburgstrasse 15, 8004 Zürich. Der AL-Stamm bietet Interessierten eine gute Möglichkeit einen Einblick in unsere politische Arbeit zu gewinnen.

AL IMPRESSUM

Alternative Liste (AL)

Postfach 1005, 8026 Zürich

Sekretariat

Angela Mattli, Molkenstrasse 21, 8004 Zürich. Tel.: 044 242 19 45. Fax: 044 242 19 60. email: sekretariat@al-zh.ch. Das Sekretariat ist montags, dienstags und am Donnerstagmorgen besetzt.

Preis

Jahresabo AL-Info CHF 10.–, Vereinsmitglieder erhalten das «info» gratis.

Erscheint 4 bis 6 mal jährlich

Auflage/Druck

2500 Ex., Druckerei Nicolussi, Zürich

Konzept dieanstalt, Zürich

Redaktion Angela Mattli